

## Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	53. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2019/053)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 27.03.2019
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

## Anwesend:

### **Bürgermeisterin**

Voß, Karola

### **CDU**

Vorkamp, Thomas  
Blickmann, Michaela  
Große-Schwiep, Josef  
Hackfort, Bernhard  
Hemsing, Klaus  
Isferding, Ute  
Kreuziger, Petra  
Pomberg, Winfried  
Reimering, Ansgar  
Rudde, Christian  
Terbrack, Karl Heinz  
Terhaar, Johannes  
Terhalle, Josef  
Verweyen, Manfred  
Vöcking, Stefan  
Wantia, Beatrix  
Wittenbrink, Thomas  
Woltering, Maria

### **SPD**

Dönnebrink, Andreas  
Brüning, Dietmar  
Fischer, Mathilde  
Heitmann, Helene  
Herickhoff, Hermann Josef  
Lambers, Klaus

Niestegge, Ludwig  
Schulte, Andrea

### **UWG**

Ruwe, Felix  
Beckers, Andreas  
Heijnk, Annegret  
Homann, Dieter  
Kersting, Hubert  
Lange, Hanne  
Schulte, Renate

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Löhring, Klaus  
Eisele, Dietmar

### **WGW**

Haveloh, Hermann Josef  
Frankemölle, Norbert

### **FDP**

Horst, Reinhard  
Klein, Wolfgang

### **Verwaltung**

Althoff, Hans-Georg  
Leuker, Werner  
Beckmann, Georg

### **Schriftführerin**

Zevenbergen, Doris

**es fehlen entschuldigt:**

### **CDU**

Benölken, Franz  
Lefert, Heinrich

### **SPD**

Gerick, Alfons

Bürgermeisterin Voß weist auf die veränderte Sitzordnung innerhalb der CDU-Fraktion hin. Ratsfrau Isferding habe den Platz mit Ratsherrn Verweyen getauscht.

Im Anschluss lässt Bürgermeisterin Voß über die Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Sitzungsteil abstimmen. Es gehe um die Ausschreibung der Beigeordnetenstelle. Um die Wahl noch vor den Sommerferien durchführen zu können, müsse die Stelle nun zeitnah ausgeschrieben werden. In der Beschlussfassung heute gehe es um den Ausschreibungstext und den vorgeschlagenen Zeitplan.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

Dieser Punkt wird unter TOP 4 behandelt, die folgenden TOPs verschieben sich um eine Ziffer nach hinten.

### **Tagesordnung:**

#### **A. Öffentliche Sitzung**

- 1 Niederschrift über die 52. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.02.2019
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr;  
Antrag der UWG-Fraktion vom 17.03.2019
- 4 Ausschreibung einer Beigeordnetenstelle (TOP durch Erweiterung der Tagesordnung am 27.03.2019 aufgenommen)
- 5 Bürgerschaft zugunsten der Ahauser Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH
- 6 Sonderhaushalt der "Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus" für das Haushaltsjahr 2019
- 7 Eintrittspreise Bäder
- 8 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Sonntagsöffnung aus Anlass des Ostermarktes in Ahaus am 07.04.2019
- 9 Ausbau und Instandsetzung der Lehmkösterstraße

## 10 Anträge der Fraktionen

10.1 Teilweise Ersatzaufforstung von Bäumen in Ahaus;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.02.2019

10.2 Schaffung von günstigem Wohnraum in Ahaus; Antrag der FDP-Fraktion vom 13.03.2019

## 11 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

---

### A. Öffentliche Sitzung

---

#### **1 Niederschrift über die 52. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.02.2019**

---

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) weist daraufhin, dass es unter Tagesordnungspunkt 4.4 im nicht-öffentlichen Sitzungsteil bei Ratsherrn Kersting zu einer falschen Fraktionszuordnung gekommen sei.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung wird die Niederschrift der 52. öffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 27.02.2019 anerkannt.

#### **2 Einwohner/innenfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohner/innenfragen vor.

#### **3 Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr; Antrag der UWG-Fraktion vom 17.03.2019 A/2019/0190**

---

Der Rat beschließt auf Vorschlag der UWG-Fraktion folgende Umbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

für das bisherige stellvertretende Ausschussmitglied Caroline Niehues, ehemals An-  
nenstraße 15, 48683 Ahaus  
Christoph Ibing, Müggenbergstr. 16, 48683 Ahaus

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmiger Beschluss

#### **4 Ausschreibung einer Beigeordnetenstelle (TOP durch Erweiterung der Tagesordnung am 27.03.2019 aufgenommen) V/2019/1174**

---

Ratsfrau Isferding (CDU-Fraktion) schlägt vor, die Ausschreibung auch auf dem Online-Portal Interamt des Bundes zu veröffentlichen, auf der kostenlos Stellenangebote ausschließlich des öffentlichen Dienstes zu finden seien.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt, die Stelle des / der Beigeordneten im Vorstandsbereich IV entsprechend den Anlagen „Kurzfassung“ und „Langfassung“ in der in der Sachdarstellung dargestellten Form auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmiger Beschluss

#### **5 Bürgschaft zugunsten der Ahauser Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH V/2019/1169**

---

Erster Beigeordneter Althoff erläutert die Ausführungen der Beratungsvorlage.

Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) erkundigt sich danach, wofür die Bürgschaft gegeben werde und ob durch die Bürgschaft ein Risiko auf die Stadt zukomme.

Erster Beigeordneter Althoff antwortet, dass es sich um eine Ausfallbürgschaft handle für den Fall, dass die AED GmbH ihre Verpflichtung aus dem bestehenden Darlehensvertrag aufgrund von Zahlungsunfähigkeit nicht nachkommen könne. Das Darlehen sei für frühere Investitionen aufgenommen worden. Das Risiko für diese Bürgschaft liege bei Null, da die Stadt Ahaus die AED als 100 %-ige Tochtergesellschaft in einem Bürgschaftsfall wohl nicht in die Insolvenz laufen lassen würde.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt die Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Ahauser Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH in Höhe von 764 T€.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmiger Beschluss

#### **6 Sonderhaushalt der "Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus" für das Haushaltsjahr 2019 V/2019/1137**

---

Erster Beigeordneter Althoff erläutert die Ausführungen der Sitzungsvorlage.

Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) möchte wissen, wie viele Anfragen es für eine Zuwendung gegeben habe.

Bürgermeisterin Voß antwortet, dass nur die beiden aufgeführten Anträge eingereicht worden seien.

Ratsfrau Fischer (SPD-Fraktion) fragt an, bis zu welchem Zeitpunkt können Anträge im Laufe des Jahres eingereicht werden.

Bürgermeisterin Voß informiert, dass ein Antrag auf Zuwendung jeweils bis zum 31.10. eines Jahres gestellt werden könne.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt nachfolgenden Sonderhaushaltsplan der „Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus“ für das Haushaltsjahr 2019.

**Sonderhaushaltsplan der  
„Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus“  
für das Haushaltsjahr 2019**

Aufgrund der §§ 78 ff. und des § 97 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. 07.1994 (GV. NRW. S. 666), in der derzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Ahaus am 27. Februar 2019 folgenden Haushaltsplan beschlossen:

Der Sonderhaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der "Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus" voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im <b>Ergebnisplan</b> mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	35.000 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	37.200 EUR
im <b>Finanzplan</b> mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	25.000 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	37.200 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR

festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmiger Beschluss

---

**7 Eintrittspreise Bäder**

V/2019/1171

Der Rat der Stadt Ahaus stimmt der Empfehlung des Aufsichtsrates der Ahauser Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH, die Eintrittspreise der Bäder zum 01.05.2019 um plus 4,5 % anzupassen, zu. Dabei können Erhöhungen, die sich aus der Glättung der Beträge im Tarifsysteem der Eintrittspreise durch Aufrundungen ergeben, zusätzlich berücksichtigt werden.

**Abstimmungsergebnis:**  
37 Ja-Stimmen  
2 Enthaltungen

Erster Beigeordneter Althoff erläutert die Ausführungen der Beratungsvorlage.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) fragt an, warum die Stadt Ahaus nicht für alle Veranstaltungen mit den dazugehörigen verkaufsoffenen Sonntagen eine gemeinsame Verordnung erlasse.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass es bei der Begründung für die Sonntagsöffnung darum gehe, die Besonderheiten jeder einzelnen Veranstaltung herauszustellen. Um eine möglichst hohe Rechtssicherheit zu erreichen, gehe man den Weg über einzelne Verordnungen.

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) möchte wissen, wie hoch der Aufwand für die Verwaltung sei, die einzelnen Verordnungen zu erlassen.

Erster Beigeordneter Althoff schildert, dass die Erstellung der ersten Verordnung zur Sonntagsöffnung während des Winterzaubers sehr umfangreich gewesen sei. Nun verwende man das vorhandene Gerüst und konkretisiere den Charakter der Veranstaltung. Den größeren Teil der Arbeit übernehmen im Vorfeld aber die Ahaus Marketing & Touristik GmbH bzw. die Gewerbevereine.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) fragt, warum es in Stadtlohn für Unternehmen, die nicht in dem ausgewiesenen Bereich für die Sonntagsöffnung lägen, möglich sei, dennoch zu öffnen.

Die Stadt Stadtlohn verfolge laut Erstem Beigeordneten Althoff mit den vier festen verkaufsoffenen Sonntagen eine andere Strategie, mit anderer Begründung. Ob dies rechtlich haltbar sei, bleibe ggf. abzuwarten. In Ahaus versuche man, ein nachvollziehbares Verhältnis von Veranstaltungs- zu Verkaufsfläche auszuweisen. Im Ergebnis handle es sich immer um einen Abwägungsprozess, der im Einzelfall zu Lasten von Unternehmen entschieden werden müsse, um die Sonntagsöffnung überhaupt zu ermöglichen. Dies habe man so auch mit einem Informationsschreiben an die Gewerbevereine kommuniziert. Zudem fände in der kommenden Woche ein Termin mit Vertretern des Einzelhandels statt.

1. Der Rat kommt nach Abwägung der dargestellten Belange zu dem Entschluss, dass das öffentliche Interesse an einer Freigabe des Sonntags des Ostermarktes am 07.04.2019 als verkaufsoffener Sonntag im zentralen Innenstadtbereich entsprechend der zeichnerischen Darstellung in Anlage 1 zur Verordnung gegeben ist. Das Regel-Ausnahme-Verhältnis für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen bleibt dadurch gewahrt.
2. Der Rat folgt der Prognose, dass das zu erwartende Besucheraufkommen für die Veranstaltung Ostermarkt die Zahl der Besucher übersteigen wird, die allein wegen der Öffnung der Verkaufsstellen in die Ahauser Innenstadt kämen.
3. Der Rat beschließt die in Anlage 01 beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung zur Freigabe des Ostermarktsonntags am 07.04.2019 als verkaufsoffener Sonntag.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmiger Beschluss

Beigeordneter Beckmann erläutert die Ausführungen der Beratungsvorlage.

Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) weist daraufhin, dass bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr darüber diskutiert worden sei, dass die an der Feuerwache Nord tätigen Bauunternehmen die Straße so stark beschädigt hätten, dass nunmehr die Erneuerungsarbeiten durchgeführt werden müssten. Hier müssten die Firmen im Sinne des Verursacherprinzips in Regress genommen werden. Wenn es nun im Nachhinein um die Beweissicherung vor Ort gehe, hätte man schon vor Beginn der Arbeiten eine Bestandsaufnahme machen müssen, um Schadensansprüche geltend machen zu können.

Beigeordneter Beckmann erwidert, dass an der Lehmkosterstraße nicht nur die Errichtung des Feuerwehrgerätehauses erfolgt sei, sondern es habe auch im hinteren Teil der Straße auf einem Privatgrundstück Bauarbeiten gegeben. Somit war eine Vielzahl von Firmen hier tätig und es werde schwierig, den tatsächlichen Verursacher zu ermitteln, um Schadensersatzansprüche durchzusetzen.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) fragt nach, worin der Unterschied zur Sanierung des Kapellenweges liege. Hier würden die Anwohner an den Kosten beteiligt, an der Lehmkosterstraße hingegen nicht.

Beigeordneter Beckmann erläutert, dass es sich bei den Arbeiten an der Lehmkosterstraße um eine Kombination aus Ausbau und Instandsetzungsarbeiten handle. Zudem werde ein Wendehammer errichtet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den Ausbau und die Instandsetzung der Lehmkosterstraße gemäß vorgestellter Ausbauplanung. Eine erneute Veranlagung der Straßenanlieger zu Erschließungsbeiträgen ist aufgrund der erweiterten Straßenfläche nicht vorgesehen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

36	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
2	Enthaltungen

## **10 Anträge der Fraktionen**

---

### **10.1 Teilweise Ersatzaufforstung von Bäumen in Ahaus;**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.02.2019**

A/2019/0186

---

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90 / Die Grünen) fasst zusammen, dass es der Fraktion nach den Diskussionen in der vergangenen Ratssitzung wichtig sei, dass das Krankenhaus im Hinblick auf die Ersatzaufforstung in die Verpflichtung genommen werde.

Beigeordneter Beckmann erläutert, dass eine Bogenschießanlage an der Nordtangente schräg gegenüber der Kläranlage angelegt werden solle, da der bisherige Platz im Gewerbegebiet künftig nicht mehr zur Verfügung stehen werde. Zwischenzeitlich konnte die Zufahrt, die zu diesem Grundstück führe, in städtischem Eigentum übernommen werden. Im sich anschließenden Bereich solle eine Obstbaumwiese als Ausgleichsmaßnahme bzw. als



Sicherheitsbereich für den Schießbereich angelegt werden. Die Krankenhausverwaltung habe sich bereit erklärt, sich bei der Anpflanzung der Obstbäume einzubringen.

Ratsherr Reimering (CDU-Fraktion) interessiert, ob die geschilderte Maßnahme ggf. einer Gewerbegebietserweiterung in diesem Bereich entgegenstehen könnte.

Beigeordneter Beckmann erwidert, dass dem nicht so sei.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt, die bezeichnete Fläche an der Nordtangente dem Klinikum Westmünsterland für Ersatzaufforstungen zur Verfügung zu stellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

---

## **10.2 Schaffung von günstigem Wohnraum in Ahaus; Antrag der FDP-Fraktion vom 13.03.2019**

A/2019/0189

---

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) erläutert die Beweggründe für den Antrag der Fraktion. Künftig sollten 10 % von Neubauf Flächen für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollten diese Grundstücke zu einem subventionierten Preis durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden. Dieser Preis könne auch nach der Anzahl der Kinder nochmals gestaffelt werden. Die Förderung solle sich aber grundsätzlich an den Maßstäben der Förderung auf Bundes- oder Landesebene orientieren und von Investoren oder Wohnbaugesellschaften umgesetzt werden. Die Verwaltung solle prüfen, welche Möglichkeiten es hierfür vor Ort gebe und wie diese konkret umgesetzt werden könnten.

Fraktionsübergreifend wird unterstrichen, dass der soziale Wohnungsbau bereits in der Vergangenheit aber auch zukünftig für ein geeignetes Instrument gesehen werde, um Wohnraum zu moderaten Preisen anbieten zu können.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) hält fest, dass das eigentliche Ziel, günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, befürwortet werde. Allerdings könne die Fraktion die im Antrag gewählte Formulierung von der Bereitstellung von 10 % der Fläche in einem Neubaugebiet in Mehrfamilienhäusern zur Verfügung zu stellen, nicht akzeptieren. Der Bezuschussung und Subventionierung wie von Herrn Horst vorgetragen, könne nicht zugestimmt werden.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) macht deutlich, dass die SPD-Fraktion bereits zahlreiche Ideen zum bezahlbaren Wohnungsbau vorgebracht, die aber keine Mehrheit gefunden hätten. Er weist darauf hin, dass der beantragte bezahlbare Wohnungsbau deutlich vom sozialen Wohnungsbau zu unterscheiden sei.

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) stellt fest, dass sich die Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus in Ahaus schwierig gestalte. Bei dem letzten Versuch zwei Grundstücke im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu veräußern, habe sich lediglich ein Investor gefunden. Auch der Gedanke des bezahlbaren Wohnungsbau fruchte in Ahaus nicht, denn es sei schon schwierig, Interessenten für Grundstücke mit Doppelhausbebauung zu finden.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) ergänzt, dass er es durchaus für möglich halte, den bezahlbaren Wohnungsbau auch auf Einfamilienhäusern auszudehnen. Allerdings rechne sich der kostengünstige Wohnungsbau nur, wenn auf relativ geringer Grundstücksfläche mehrere Wohneinheiten geschaffen würden.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) halte es für eine weitere Erarbeitung für erforderlich, dass die FDP-Fraktion den Antrag konkretisiere. Nichts desto trotz solle bei künfti-

gen Planungen von Baugebieten der bezahlbare Wohnungsbau grundsätzlich Berücksichtigung finden.

Ratsherr Brüning (SPD-Fraktion) betont, dass die Stadt Ahaus einen hohen Einpendlerüberschuss aufweise. Es dürfe nicht nur um Eigentum gehen, sondern es müsse auch günstiger Mietraum geschaffen werden. Auf Dauer verliere Ahaus die Menschen, die sich kein eigenes Haus leisten könnten.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) sagt, dass er es ablehne, eine feste Quote für den bezahlbaren Wohnungsbau festzuschreiben und als künftigen Maßstab zu fixieren. Er schlage vor, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen und als Aufhänger für grundsätzliche Fragestellungen zur Wohnsituation in Ahaus zu nehmen.

Bürgermeisterin Voß lässt nach der ausgiebigen Diskussion zum Antrag der FDP-Fraktion über die Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr abstimmen.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt, den Antrag für weitere Beratungen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr zu verweisen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 37 Ja-Stimmen
- 2 Enthaltungen

## **11 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung**

---

### Fragen des Rates:

- Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) zur Fahrt einer Abordnung des Rates nach Garching

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass dieses Thema in der vergangenen Ratssitzung nicht-öffentlich besprochen worden sei und daher würde sie hierauf später antworten.

- Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) zur Zeitschiene der Stellennachbesetzung Frau Dr. Karras

Beigeordneter Leuker führt aus, dass in der letzten Sitzung des Kulturausschusses festgelegt worden sei, dass zunächst ein Konzept zum Stelleninhalt ausgearbeitet werden solle. Dies sei nun in Arbeit. Sobald die Fragen verwaltungsintern geklärt seien, würde das Thema an die politischen Gremien herangetragen.

- Ratsherr Klein (FDP-Fraktion) zur Nachpflanzung von Bäumen an der Heeker Straße

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass die Neuanpflanzungen nicht auf der kompletten Fläche erfolgen könnten, da sie nicht im Eigentum der Stadt stehe. Die Wiederherstellung erfolge somit auf eigener Fläche.

- Ratsfrau Isferding (CDU-Fraktion) zum Baustellenverkehr Hoher Kamp West  
Beigeordneter Beckmann sichert zu, dass der Baustellenverkehr über die Zellerstraße zeitnah durch Betonkübel gesperrt werden solle.
- Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zum Stand der Planungen zur Mehrgenerationenwohnanlage  
Beigeordneter Beckmann weist auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr hin, bei der dieses Thema behandelt werde.
- Ratsherr Brüning (SPD-Fraktion) zur Einstellung von IT-Technikern an Schulen, finanziert aus Bundesmitteln  
Erster Beigeordneter Althoff berichtet, dass entsprechende Personalstellen im Medienentwicklungsplan der Stadt Ahaus eingerichtet seien. Die Finanzierung erfolge aus Mitteln „Gute Schule 2020“.
- Ratsfrau Isferding (CDU-Fraktion) zum Zeitpunkt der Einstellung dieser IT-Techniker  
Bürgermeisterin Voß erläutert, dass insgesamt drei Stellen eingerichtet würden. Die dritte Stelle werde im Jahr 2020 besetzt.
- Ratsherr Homann (UWG-Fraktion) zur Sicherungspflicht am Resthof an der Heeker Straße  
Beigeordneter Beckmann führt aus, dass die Bauaufsicht festgestellt habe, dass die Sicherungspflicht erfüllt sei. Er sage zu, dort erneut zu kontrollieren.
- Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) zur Beschilderung der Radwege an der Eper Straße in Graes  
Bürgermeisterin Voß gibt an, dass ein gemeinsamer Ortstermin vereinbart werden solle.

#### Mitteilungen der Verwaltung:

- Bürgermeisterin Voß zu einem Termin mit der NRW-Ministerin Heinen-Esser  
Am 06.05.2019 werde Frau Heinen-Esser nach Ahaus kommen, um symbolisch Glasfaseranschlüsse in Betrieb zu nehmen. Zu diesem Termin seien die Fraktionsvorsitzenden, Ortsvorsteher und auch die übrigen Ratsmitglieder herzlich eingeladen.

- Bürgermeisterin Voß zur Teilnahme am diesjährigen Stadtradeln

In der Zeit vom 01. bis zum 21. Mai beteilige sich auch die Stadt Ahaus wieder am Stadtradeln. Insbesondere die Politiker vor Ort seien zum Mitmachen aufgerufen.

gez. Karola Voß  
Vorsitzende

gez. Doris Zevenbergen  
Schriftführerin